

1. Der Reichserziehungsminister stellt dem Reichsführer H und Chef der Deutschen Polizei seine Film- und Bildorganisation (Reichsstelle für den Unterrichtsfilm, 30 Landesbildstellen, rund 1000 Kreis- und Stadtbildstellen) und die von dieser betreuten Filmgeräte und Filme (zur Zeit rund 37 000 Filmgeräte und 266 000 Filmtopien), Bildwerfer (zur Zeit rund 30 000 Stück) und Schulbildarchive zur Mitverwendung nach Maßgabe der folgenden Grundsätze zur Verfügung.

2. Der Reichsführer H und Chef der Deutschen Polizei erkennt an, daß die deutschen Schulen gerade in Kriegszeiten infolge Lehrermangels und sonstiger Schwierigkeiten bei der Durchführung eines geordneten Schulbetriebes des Einsatzes von Film und Bild in besonderem Maße bedürfen. Der Reichsführer H und Chef der Deutschen Polizei wird daher die Einheiten anweisen, Filmgeräte und Kopien (sowie Bildwerfer und Bilder) grundsätzlich nur außerhalb der Schulzeit, d. h. im wesentlichen in den späteren Nachmittags- und Abendstunden und an Feiertagen, zu verwenden.

3. Die Einheiten werden Filme und Bilder nur in nicht-öffentlichen Vorführungen für H und Polizeiangehörige und nur in H - und polizeieigenen oder von H und Polizei belegten Räumen einsehen. Der Einsatz geschieht insbesondere während der Freizeit.

4. Bei der Reichsstelle für den Unterrichtsfilm wird ein Ausschuß zusammentreten, der Vorschläge für Spielfolgen ausarbeitet. Dieser Ausschuß besteht aus Beauftragten des Reichsführers H und Chefs der Deutschen Polizei und des Reichserziehungsministeriums bzw. der Reichsstelle für den Unterrichtsfilm. Die Vorschläge werden laufend in der Zeitschrift der Reichsstelle für den Unterrichtsfilm „Film und Bild in Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung“ veröffentlicht und auch den Einheiten in geeigneter Weise bekanntgegeben.

5. Die Kreis- (Stadt-) Bildstellenleiter sind gehalten, den Standortkommandeuren bzw. den Kommandeuren der örtlichen H - und Polizei-Einheiten unverzüglich ihr Filmverzeichnis zu übersenden sowie ein Verzeichnis der in ihrer Bildstelle vorhandenen Filmgeräte. Hierbei ist anzugeben, in welcher Schule sich die Geräte befinden.

6. Den Einheiten, die auf Grund dieser Vereinbarung Filme vorzuführen wünschen, werden von den Kreis- (Stadt-) Bildstellen über die Standortkommandeure bzw. über die Kommandeure der örtlichen H - und Polizei-Einheiten diejenigen Geräte bezeichnet, die für sie zur Verfügung gestellt werden können. Diese Geräte werden durch die Einheiten unmittelbar von dem Standort des Gerätes (im Regelfalle einer Schule) gegen Empfangsbcheinigung abgeholt und wieder angeliefert. Die Ablieferung des Vorführgerätes soll grundsätzlich spätestens zum Unterrichtsbeginn des nächsten Tages erfolgen.

7. Die Einheiten fordern unmittelbar die gewünschten Filmtopien bei der zuständigen Kreis- (Stadt-) Bildstelle an. Die Einheiten holen die Filmtopien bei der Kreis- (Stadt-) Bildstelle gegen Empfangsbcheinigung ab und liefern sie dorthin wieder zurück. Die Rücklieferung der Filmtopien durch die Einheiten an die Kreis- (Stadt-) Bildstellen soll zu dem von der Kreis- (Stadt-) Bildstelle angegebenen Termin erfolgen. Soweit in Ausnahmefällen ein Postversand von Filmtopien erforderlich ist, gehen die entsprechenden Transportkosten zu Lasten der anfordernden Einheiten (vgl. Ziffer 10).

8. Die Kreis- (Stadt-) Bildstellen liefern der anfordernden Einheit in jedem Falle zusammen mit der Kopie das zu dem Film gehörige Beiheft bzw. Erläuterungsblatt; auf besondere Anforderung stellen die Kreis- (Stadt-) Bildstellen den Einheiten Beihefte der angeforderten Filme schon vorher zur Verfügung. Die Reichsstelle für den Unterrichtsfilm wird dafür Sorge tragen, daß die Kreis- (Stadt-) Bildstellen in dem erforderlichen Umfang mit solchen Beiheften zusätzlich ausgestattet werden. Die Beihefte sind jeweils zusammen mit der Filmtopie der Kreis- (Stadt-) Bildstelle zurückzuliefern.

9. Filmgeräte und Filmtopien sind von den Einheiten in unbeschädigtem Zustand zurückzuliefern. Etwa eingetretene

Beschädigungen werden zu Lasten der Einheit (vgl. Ziffer 10) unter Berechnung der Selbstkosten von der Kreis- (Stadt-) Bildstelle behoben.

10. Der Verleih von Filmgeräten und Filmen an die Einheiten erfolgt unentgeltlich. Die Erstattung der für normale Abnutzung, normalen Lampenersatz und zusätzlichen Betrieb entstehenden Kosten geschieht auf Grund besonderen Abkommens zwischen dem Reichsführer H und Chef der Deutschen Polizei und dem Reichserziehungsministerium. Die Schadensersatzpflicht der Einheiten gemäß Ziffer 9 bleibt hierdurch unberührt.

Auf Grund der Nachweise nach Ziffer 11 des Abkommens, die von der Reichsstelle für den Unterrichtsfilm dem Reichsführer H vorgelegt werden, erstattet der Reichsführer H für jede Vorführung den gleichen Satz an die RfD. (zwecks Weiterleitung an die amtlichen Bildstellen), den das RM. jeweils bei einer monatlichen Abrechnung erstattet.

11. Bei Rückgabe der Filme an die Kreis- (Stadt-) Bildstelle ist von der Einheit eine unterschriftlich vollzogene Bescheinigung über die Zahl der veranstalteten Filmvorführungen in zweifacher Ausfertigung mit vorzulegen.

Die Kreis- (Stadt-) Bildstellen legen zum 5. jeden Monats eine listenmäßige Nachweisung der auf Grund dieser Vereinbarung veranstalteten Vorführungen ihrer Landesbildstelle vor. Der Nachweisung ist eine Ausfertigung der Bescheinigung der Einheiten (vgl. Absatz 1) beizufügen.

12. Die Vorführer werden von den Einheiten selbst gestellt, wobei die an Schulfilmgeräten ausgebildeten Lehrer, die sich etwa bei den Einheiten befinden, sowie Mechaniker und sonstige technisch vorgebildete H - und Polizeiangehörige bevorzugt heranzuziehen sind.

13. Soweit erforderlich, werden die Kreis- (Stadt-) Bildstellen H - und Polizeiangehörige auf Anforderung der Einheit kurz in der Bedienung der Vorführungsgeräte ausbilden (Ausbildungszeit etwa ein bis zwei Stunden). Ebenso stehen die Kreis- (Stadt-) Bildstellen den Einheiten bei der Herrichtung und Beschaffung von Projektionswänden mit Rat und Tat zur Verfügung.

14. Der Einsatz von Stehbildwerfern und Lichtbildern der Schulen und amtlichen Bildstellen durch die Einheiten wird entsprechend vorstehender Vereinbarung gleichsinnig gehandhabt.

Berlin, den 29. Februar 1940.

Der Reichsführer H und Chef der Deutschen Polizei.

H i m m l e r.

Berlin, den 19. März 1940.

Der Reichsminister
für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.
R u f f.

143. Personalbogen für die Hilfschüler.

In der Anlage übersende ich einen Personalbogen für Hilfschüler, der künftig in allen Hilfschulen zu verwenden ist.

In dem Personalbogen sind der bisherige Anmeldebogen der Volksschule und der von der Hilfschule zu führende Personalbogen zu einem Bogen zusammengefaßt. Hierdurch ist eine übersichtliche Darstellung der gesamten Entwicklung des Hilfschulkindes von seiner Auszubildung aus der allgemeinen Volksschule bis zur Beendigung der Schulpflicht bzw. Berufsschulpflicht gewährleistet. Es ist dabei vermieden, den Bogen über das notwendige Maß hinaus zu erweitern.

Die das Kind zur Hilfschule anmeldende Volksschule hat den Kopf und die Abschnitte I A und B auszufüllen. Das Ergebnis der Aufnahmeprüfung der Hilfschule wird unter I C eingetragen. Für den Aufnahmebefund des Schul- oder Amtsarztes ist der Raum unter I D bestimmt. Der Schulrat trägt seine Entscheidung über die Aufnahme in die Hilfschule unter I E ein. Die Abschnitte II A und B dienen dem Hilfs-

Geschwister in der Hilfsschule? Haben die Eltern die Hilfsschule besucht?)

....., den 19....

(Ort)

Der Schulleiter.

Der Klassenlehrer.
(Die Klassenlehrerin.)

E. Entscheidung des Schulrats über die Aufnahme in die Hilfsschule:

....., den 19....

(Ort)

(Unterschrift)

C. Aufnahmeprüfung in der Hilfsschule.

1. Auskunft des Kindes über seine Person und Umwelt:

2. a) Bildauffassung (Aufzählen, Beschreiben, Erklären):

b) Denken und Urteilen (Aufpassen und Wiedergeben einer Geschichte; Warum- und Unterschiedsfragen usw.):

c) Merkfähigkeit und Gedächtnis:

3. a) Formensinn, Ausdrucksfähigkeit durch Handbetätigung:

b) Lesefertigkeit (Erkennen, Behalten, Verbinden der Laute, Wiedergabe des Gelesenen):

c) Schreiben (Abschrift nach Schreib- und Druckschrift, Diktat):

d) Rechensfertigkeit (mit und ohne Veranschaulichung):

e) Sprache:

4. Ergebnis der psychotechnischen Prüfung (falls vorgenommen):

LA: JA: JR: JQ:

5. Gesamturteil und Vorschlag des Hilfsschulleiters oder Lehrers:

....., den 19....

(Ort)

(Unterschrift)

D. Ärztliche Untersuchung.

1. Vorgeschichte.

a) Besondere Verhältnisse in der Sippe (Feststellungen nach der negativen und positiven Seite):

b) Entwicklung des Kindes (Verlauf der Geburt, Beginn des Sprechens, Gehens, Zahnens; sonstige äußere Einflüsse, die für die geistige und körperliche Entwicklung bedeutungsvoll waren):

c) Überstandene Krankheiten:

2. Untersuchungsbefund.

a) Allgemeine Körperbeschaffenheit:
Größe: cm; Gewicht: kg.

b) Organbefund:

c) Das Nervensystem:

d) Seh- und Hörvermögen:

Sehschärfe: links rechts

Hörvermögen: Flüstersprache links m, rechts m.

e) Die Sprache:

3. Urteil des Schul- oder Amtsarztes unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Aufnahmeprüfung:

....., den 19....

(Ort)

(Unterschrift)

II. Während der Hilfsschulzeit.

A. Gesamtentwicklung des Kindes.

Angaben über die charakterliche und geistige Entwicklung und die schulischen Leistungen, über die körperliche Entwicklung (Krankheiten), über Veränderungen in der vorhandenen Anomalie, über die häuslichen Verhältnisse, über besondere fürsorgerische Maßnahmen, über Mitteilungen des Jugendamtes und der Polizei usw.

(Mindestens jährlich einzutragen. Keine Werturteile, sondern Tatsachen anführen.)

Der Hilfsschullehrer	Der Schul- oder Amtsarzt
1. Hilfsschuljahr. Klasse:	Hilfsschule
....., den 19...., den 19....
(Ort)	(Ort)
(Unterschrift)	(Unterschrift)

[2. bis 6. Hilfsschuljahr.]

Anmerkung: Nach Bedarf sind weitere Bogen einzuheften.

B. Kenntnisse und Fertigkeiten.

(Keine Benfuren eintragen, sondern die erreichte Leistung angeben.)

Schuljahr:	19..../....	19..../....	19..../....	19..../....	19..../....	19..../....
Klasse:						
1. Sprechen ..						
2. Lesen						
3. Schreiben, *) Abschreiben, Aufschreiben						
4. Rechnen ...						
5. Werkarbeit u. Zeichnen*) bzw. Haus- wirtschaft u. Nadelarbeit.						
6. Musik						
7. Spiel, Sport und Turnen						
Der Hilfs- schullehrer:						

*) Gegebenenfalls Proben beifügen.

C. Zusammenfassende Darstellung der Gesamtentwicklung des Hilfspflichtigen
(Kurz vor Beendigung der Schulpflicht einzutragen.)

1. Der Bericht der Hilfspflichtigen.

a) Charakterliche Entwicklung und sittliches Verhalten (Arbeitswille, Ordnungssinn, Wahrhaftigkeit, Zuverlässigkeit, Offenheit, Verschlossenheit, Schüchternheit, Bescheidenheit, Gemeinschaftssinn, Führereigenschaft; Verhältnis zum andern Geschlecht usw.):

b) Geistige Entwicklung und schulische Leistungen:

c) Körperliche Entwicklung:

Körperliche Leistung bei der Schulentlassung:

1. 100-m-Lauf Sek.

2. Hochsprung (ohne Sprungbrett) cm.

3. Weitsprung (ohne Sprungbrett) cm.

4. Kugelschlag (5 kg) m.

5. Ballweitwurf m.

6. Schwimmen (Richtschwimmer, Freischwimmer, Fahrenschwimmer, Rettungsschwimmer):

d) Berufswahl und Berufseignung:

....., den 19....

(Ort)

Der Klassenlehrer.

Der Schulleiter.

2. Der Bericht des Schul- oder Amtsarztes. (Ärztliches Gesamturteil unter Berücksichtigung der Feststellungen unter 1.)

....., den 19....

(Ort)

(Unterschrift)

III. Nach der Hilfspflichtzeit.

A. Beobachtungen in der Berufsschule:

(Es ist jährlich mindestens eine zusammenfassende Charakteristik des Schülers zu geben.)

Entlassen aus der Berufsschule am 19....

Der Leiter der Berufsschule.

B. Bewährung im Beruf (Stellenwechsel):

C. Späteres Ergehen und sittliches Verhalten (Familiengründung, Straffälle usw.):

Anmerkung: Der Personalbogen ist nach Beendigung der Schulpflicht dem Leiter der Berufsschule auf Ansuchen zu übersenden und von diesem nach der Entlassung des Schülers aus der Berufsschule dem Leiter der Hilfspflichtigen zurückzugeben, der den Personalbogen zu den Schulakten nimmt.

144. Lernbücher für Mittelschulen.

Mein Erlaß vom 12. Februar 1940 — E II d 37/40 —, betreffend Lernbücher für die Klassen 1 bis 3 der Mittelschulen (Deutsch. Wiss. Erziehg. Volksbildg. S. 129), bezieht sich nur auf die Unterrichtsfächer, für die durch die Bestimmungen über Erziehung und Unterricht in der Mittelschule neue Lehrpläne geschaffen worden sind.

Für den Unterricht in den Fremdsprachen dürfen die durch meine Runderrlasse vom 1. April 1939 — E II d 183 —, vom 17. Juli 1939 — E II d 677 — (Deutsch. Wiss. Erziehg. Volksbildg. S. 229, 421) und vom 11. September 1939 — E II d 819 — (nicht veröffentlicht) genehmigten Lernbücher weiterbenutzt werden.

Dieser Erlaß wird nur in Deutsch. Wiss. Erziehg. Volksbildg. veröffentlicht.

Berlin, den 4. März 1940.

Der Reichsminister

für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.

Im Auftrage: F r a n k.

An die Herren Regierungspräsidenten und den Herrn Stadtpräsidenten der Reichshauptstadt Berlin (Abteilung für Volks- und Mittelschulen), die Unterrichtsverwaltungen der Länder, die Herren Reichsstatthalter der Reichsgaue und den Herrn Reichskommissar für das Saarland. — E II d 87.

(Deutsch. Wiss. Erziehg. Volksbildg. 1940 S. 175.)

145. Schulische Betreuung der Kinder von Volksdeutschen aus Südtirol, den baltischen Staaten und den ehemals polnischen Gebieten.

Im Vollzuge der Umsiedlungsaktion wandern ständig Südtiroler Familien ins Reich. Wenn auch grundsätzlich für die Volksdeutschen aus Südtirol, den baltischen Staaten und dem ehemaligen Polen nur die Ansiedlung in einem geschlossenen Siedlungsgebiet in Frage kommt, erfolgen ständig vorzeitige Abwanderungen ins Reichsgebiet. Das trifft in erhöhtem Maße für die nichtbäuerlichen Berufe der Volksdeutschen Südtirols zu, die sich vornehmlich in den ostmärkischen Gauen, aber auch in anderen Gauen des Reiches niederlassen. Es ist daher möglich, daß in jeder Schule des Reichsgebiets Kinder von Volksdeutschen aus Südtirol, den baltischen Staaten und den ehemals polnischen Gebieten auftauchen. Diese Kinder haben nicht nur die Schwierigkeit der Eingewöhnung in eine neue und veränderte Umwelt zu überwinden, sondern sie haben an deutscher Rechtschreibung, deutscher Sprachlehre, deutscher Heimatkunde und deutscher Geschichte vieles nachzuholen, was ihren reichsdeutschen Altersgenossen geistiger Befähigung ist. Diese Lücken werden die wenigsten Schüler in absehbarer Zeit aus eigener Kraft ausfüllen können.

Ich ersuche anzuordnen, daß die Schulleiter und Lehrer sich dieser Kinder besonders annehmen. Die Kinder sind vor allem im Gebrauch der deutschen Sprache schnell so weit zu fördern, daß sie befähigt werden, am allgemeinen Unterricht, möglichst ihrer Altersstufe, teilzunehmen. Kosten dürfen den Eltern hierdurch nicht entstehen.

Dieser Erlaß wird nur in Deutsch. Wiss. Erziehg. Volksbildg. veröffentlicht.

Berlin, den 4. März 1940.

Der Reichsminister

für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.

Im Auftrage: H o l f e l d e r.

An die Unterrichtsverwaltungen der Länder, die Herren Reichsstatthalter der Reichsgaue, den Herrn Reichskommissar für das Saarland, die Herren preussischen Regierungspräsidenten

schullehrer, Abschnitt II A auch dem Schul- oder Amtsarzt zu Eintragungen über die Entwicklung des Kindes während der Hilfsschulzeit. In Abschnitt II C wird kurz vor Beendigung der Schulpflicht eine zusammenfassende Darstellung über die Gesamtentwicklung des Hilfsschulkindes während der Hilfsschulzeit gegeben. Der letzte Abschnitt III dient für Eintragungen nach der Hilfsschulzeit, die unter A von der Berufsschule, unter B und C je nach den besonderen Umständen von der Berufsschule oder der Hilfsschule vorzunehmen sind.

Die erbgesundheitsliche Erfassung des Hilfsschulkindes ist durch die jedem Personalbogen beizufügende Sippentafel gewährleistet, die bei den Gesundheitsämtern anzuordnen ist. Die Eintragungen in die Sippentafel sind von der Hilfsschule in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt vorzunehmen. Daneben wird bei dem für den Wohnort des Hilfsschülers zuständigen Gesundheitsamt über jeden Hilfsschüler eine Karteikarte nach den vom Reichsministerium des Innern herausgegebenen „Grundrissen für die Tätigkeit der Beratungsstellen für Erb- und Rassenpflege usw.“ geführt. Nach Aufnahme des Kindes in die Hilfsschule haben die Leiter der Hilfsschule die Personalien in die Karteikarten, die ihnen von den Gesundheitsämtern kostenfrei zur Verfügung gestellt werden, einzutragen und diese zurückzusenden.

Der Personalbogen und die Sippentafel sind dem Leiter der Berufsschule, die das Hilfsschulkind nach Beendigung seiner Schulpflicht besucht, auf Anforderung zu übersenden. Nach der Entlassung des Schülers aus der Berufsschule ist der Personalbogen mit der Sippentafel an die Hilfsschule zurückzugeben und hier zu den Schulakten zu nehmen.

Über die Bewährung des Personalbogens ist mir nach drei Jahren zu berichten.

Soweit noch Bestände an bisher verwandten Personalbogen vorhanden sind, sind sie aufzugebrauchen.

Berlin, den 2. März 1940.

Der Reichsminister
für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.
Im Auftrage: F r a n k.

An die Unterrichtsverwaltungen der Länder (einschl. Ostmark und Sudetengau), den Herrn Reichskommissar für das Saarland, die Herren Regierungspräsidenten in Preußen und den Herrn Stadtpräsidenten der Reichshauptstadt Berlin (Abteilung für Volks- und Mittelschulen) in Berlin. — E II a 841 E IV.

(Deutsch. Wiss. Erziehg. Volksbildg. 1940 S. 172.)

*

Anlage.

Hauptbuch-Nr.

Hilfsschule

Personalbogen und Sippentafel

für

(Rufnamen unterstreichen)

geboren am in

Staatsangehörigkeit: Konfession:

Name des Vaters: Beruf:

geboren am in

Name der Mutter: geborene

geboren am in

Wohnung der Eltern:

Name des Pflegevaters: Beruf:

Name der Pflegemutter: geborene

Wohnung der Pflegeeltern:

Raum für Lichtbilder des Hilfsschülers.

Übersicht über die Körperentwicklung.

Datum							
Größe (cm)							
Gewicht (kg)							

Anmerkung: Der Personalbogen darf niemals dem Kinde oder einem seiner Angehörigen in die Hand gegeben werden. Von seinem Inhalt darf nur streng amtlich Gebrauch gemacht werden.

I. Vor der Hilfsschulzeit.

A. Bisherige Schulverhältnisse.

Vom Schulbesuch zurückgestellt vom bis

Grund:

Erste Einschulung: Schule am

Umschulungen:

Schule am Grund:

Schule am Grund:

Schule am Grund:

Besuchte Kl. I Jahre; Kl. II Jahre; Kl. III Jahre.

Gegenwärtig in Kl. der Schule

Für die Hilfsschule bereits früher gemeldet am

B. Beobachtungen in der Volksschule.

1. Geistige Entwicklung.

a) Lesen:

(Kenntnis der Buchstaben; silben-, wort-, satzweises Lesen; Fertigkeit im Lesen in Schreib- und Druckschrift: fehlerhaft — stockend — langsam — mechanisch — den Sinn erfassend.)

b) Schreiben:

(Schreiben einzelner Buchstaben oder Wörter im Abschreiben der Schreib- und Druckschrift; Aufschreiben von gesprochenen Lauten, Wörtern, Sätzen; Formklarheit im Schreiben der Buchstaben, des Wortes; Schreibstörungen.)

c) Rechnen:

(Vor- und Rückwärtszählen — Umfang und Geläufigkeit; Zahlvorstellung und -unterscheidung; Zahlenraum; Zuzählen und Abziehen mit und ohne Veranschaulichung; Einmaleins und Malnehmen; Sachaufgaben; Ziffernkenntnis.)

d) Sprache:

(Fähigkeit des Erzählens, Berichtens, Beschreibens in ganzen Sätzen oder abgerissenen Wörtern, sinnvoll oder sinnlos; Sprachstörungen — Stammeln, Lispeln, Näseln — Stottern; Sprechstörungen; Mißbildungen der Sprechwerkzeuge.)

e) Gedächtnisstoff:

(Kenntnis von Gedichten und Liedern; Wiedergabe von Gelesenem und Erlebtem; Ausführung von Aufträgen.)

2. Leib-seelische Entwicklung:

(Sinn für Sauberkeit und Ordnung; körperliche Gewandtheit und Leistungsfähigkeit; Mut, Kameradschaft, Einordnung in die Klassengemeinschaft — Empfindlichkeit, Beeinflussbarkeit, Unverträglichkeit, Ungehorsam, Jähzorn, Zerstörungssucht, Hang zum Stehlen; krankhafte Eigentümlichkeiten.)

3. Häusliche Erziehung, wirtschaftliche und persönliche Verhältnisse der Eltern:

(Fürsorge der Eltern; ehelich — außerehelich — geboren; Zwillingsskind; Größe der Familie. Besteht Ehegemeinschaft — Trennung — Scheidung? Wohnverhältnisse, Erwerbsverhältnisse. Sind oder waren